

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



3 | 2 0 2 5

72. Jahrgang

Neue Bundesregierung, neue Herausforderungen



Foto: BSBD Bundesleitung

René Müller, BSBD Bundesvorsitzender

Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken!

STUV PRISON SOLUTIONS

SECURITY
MADE IN GERMANY
SINCE 1883



STUV ACADEMY

Sicherheit verstehen. Verantwortung übernehmen.

Praxisorientierte Qualifizierung für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Schlossbeauftragte:r – in unseren bewährten Seminaren erwerben Sie fundiertes Fachwissen rund um Schließsysteme, Zutrittsorganisation und die Rolle der Schlossbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen.

Jetzt informieren und direkt anmelden: www.stuv.de/stuv-academy

Parkstraße 11
42579 Heiligenhaus
Germany

T +49 20 56 - 14 5 00
E info@stuv-prison.com
www.stuv-prison.com

Mitglied im
dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der
Unabhängigen Gewerkschaften
(CESI)



Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinstede · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 4+5 - 2025: ►►► 12. September 2025

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 4 - 2025: ►►► 16. Oktober 2025

BUNDESHAUPTVORSTAND

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung **4**

Angriff auf das Berufsbeamtentum **5**

Tarifverhandlungen 2025 **6**



Seminar für Senioren **7**

Rätselspaß **8**

Lösungen aus 1/2025 **9**

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg **11**

Bayern **20**

Berlin **26**

Brandenburg **30**

Hamburg **36**

Hessen **46**

Mecklenburg-Vorpommern **58**

Niedersachsen **59**

Nordrhein-Westfalen **67**

Rheinland-Pfalz **81**

Saarland **86**

Sachsen **95**

Sachsen-Anhalt **99**

Schleswig-Holstein **103**

Thüringen **113**

Impressum **115**

Wer Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung

Die systemrelevante Arbeit im deutschen Justizvollzug findet tagtäglich unter schwierigen Bedingungen statt – und dennoch meist unbeachtet von der Öffentlichkeit. Dabei sind es die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten, die mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes leisten. Es ist an der Zeit, das öffentliche und politische Bewusstsein für diese Leistungen zu schärfen.

Die Kolleginnen und Kollegen im Vollzug sind nicht nur für die Bewachung von Gefangenen verantwortlich. Sie sind Krisenmanager, Konfliktlöser, Resozialisierungsbegleiter, Ansprechpartner in psychischen Ausnahmesituationen – und oftmals der letzte menschliche Kontakt für Menschen, die den Bezug zur Gesellschaft verloren haben. Diese Arbeit erfordert ein hohes Maß an Verantwortung, Professionalität und Belastbarkeit. Und sie geschieht fast vollständig im Verborgenen.

Gerade die Betreuung von suizidgefährdeten oder psychisch erkrankten Gefangenen sowie der Umgang mit gewaltbereiten, radikalisierten oder extremistischen Insassen verlangt Fähigkeiten, die weit über klassische Sicherheitsaufgaben hinausgehen – Tag für Tag, Schicht für Schicht.

BSBD appelliert an Bundesregierung: Verantwortung übernehmen

Umso unverständlicher ist es, dass der Justizvollzug im aktuellen Koalitionsvertrag und insbesondere im sogenannten „Sicherheitspaket“ der Bundesregierung keine Erwähnung findet. Obwohl es dort um innere Sicherheit, Extremismusbekämpfung, Gefährderstrategien und eine effektivere Strafverfolgung geht, bleibt ausgerechnet jener Bereich ungenannt, der diese Urteile am Ende tagtäglich vollzieht und umsetzt: der Strafvollzug.

Diese Leerstelle ist aus Sicht des BSBD nicht nur enttäuschend, sondern politisch fahrlässig. Denn ohne einen funktionierenden Justizvollzug bleibt jeder sicherheitspolitische Plan Stückwerk. Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken – in der Gesetzgebung, in der Finanzierung und im politischen Diskurs.

Der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, hat daher schriftlich Kontakt zum



Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig

neuen Bundeskanzler Friedrich Merz und zur Bundesjustizministerin Stefanie Hubig aufgenommen. Neben seinen Glückwünschen zur Wahl weist er in seinem Schreiben auf die zahlreichen Herausforderungen und Belastungen im Strafvollzug hin und mahnt konkrete Unterstützung an – auf Bundesebene im Schulterschluss mit den Landesjustizministerien.

Gleichzeitig hat der BSBD seine Gesprächsbereitschaft ausdrücklich angeboten, um seine umfangreiche fachliche Expertise in den politischen Dialog einzubringen. Gerade mit Blick auf die neue Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) verbindet der BSBD die Hoffnung, dass eine offenere und konstruktivere Zusammenarbeit möglich wird als unter ihrem Vorgänger, der den Austausch mit den Fachvertretungen des Vollzugs weitgehend vermissen ließ.

Keine zusätzlichen Belastungen durch Asylpolitik und Abschiebehaft

Mit Nachdruck macht der BSBD außerdem deutlich: Verschärfungen in der Asyl- und Abschiebepolitik dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen im Strafvollzug führen. Die Ausweitung von Abschiebehaft oder verlängerte Inhaftierungszeiten dürfen nicht zu einer Verlagerung in den regulären Strafvollzug führen – weder personell noch infrastrukturell sind die Anstalten dafür ausgelegt.

Abschiebehaft ist kein Strafvollzug und muss auch getrennt davon organisiert werden. Der Strafvollzug darf nicht als Auffang-

becken für migrationspolitische Versäumnisse dienen. Eine klare Trennung beider Bereiche ist unabdingbar, ebenso wie zusätzliche Mittel für mögliche Sonderstrukturen außerhalb des Strafvollzugs.

Bundesvollzug für Hochrisikofälle gefordert

Ein weiteres zentrales Anliegen des BSBD bleibt die Einrichtung eines Bundesgefängnisses für Gefährder, Terroristen und extremistische Hochrisikotätfäter. Diese Personen stellen in den Landesvollzugsanstalten ein Sicherheitsrisiko dar und binden enorme Ressourcen. Ein Bundesvollzug für diese Fälle wäre eine längst überfällige strukturelle Entlastung für die Länder und ein sicherheitspolitisch gebotener Schritt.

Der BSBD fordert klare Schritte: eine faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung, zeitgemäße Personalschlüssel und vor allem politische Anerkennung. Der Justizvollzug kann nur funktionieren, wenn die Politik ihn ernst nimmt und unterstützt – mit Worten und mit Taten. Der Strafvollzug ist ein Teil des Fundaments für den Rechtsstaat. Wer Sicherheit, Prävention und gesellschaftliche Rückführung ernst meint, muss den Strafvollzug auch auf bundespolitischer Ebene einbeziehen. Der BSBD wird weiter dafür kämpfen, dass die stillen Leistungen hinter Mauern gesehen, gewürdigt und gestärkt werden.

Systemrelevanz ist keine Frage der Sichtbarkeit, sondern der Verantwortung. ■

Angriff auf das Berufsbeamtentum

Kritik des BSBD zu Aussagen zur Rentenversicherungspflicht für Beamte

Mit großer Sorge und deutlicher Ablehnung nehmen wir, der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), die jüngsten Aussagen von Bundesarbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas zur Kenntnis, wonach Beamte künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen. Diese Forderung ist nicht nur sachlich unbegründet, sondern sie stellt auch einen direkten Angriff auf das bewährte Berufsbeamtentum und die besonderen Herausforderungen unseres Dienstes dar.

Beamte, insbesondere im Strafvollzug, übernehmen Aufgaben, die mit außerordentlichen Belastungen, Gefahren und hohen persönlichen Anforderungen einhergehen. Wir arbeiten im Schichtdienst, an Wochenenden und Feiertagen – und das in einer hochbelasteten, sicherheitsrelevanten Umgebung mit ständiger Konfrontation mit Gewalt, Bedrohungen und psychischer Belastung. Die Annahme, dass wir „privilegiert“ seien, ignoriert diese Realität auf sträfliche Weise.

Das deutsche Beamtensystem basiert auf dem Alimentationsprinzip. Beamte verzichten auf das Streikrecht, unterliegen besonderen Treuepflichten und dürfen sich ihre Arbeitsstelle nicht frei wählen – im Gegenzug verpflichtet sich der Staat, sie lebenslang angemessen zu alimentieren, also zu besolden und im Alter durch eine Pension abzusichern. Diese Struktur ist kein „Schlupfloch“, sondern ein rechtsstaatlich legitimes und bewährtes System, das Beamte als Teil der hoheitlichen Staatsstruktur absichert.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird zu einem erheblichen Teil durch sogenannte versicherungsfremde Leistungen belas-



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

tet – etwa die Mütterrente oder Rentenzahlungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Es ist irreführend zu behaupten, die Einbeziehung der Beamten würde die gesetzliche Rentenkasse sanieren helfen. Im Gegenteil: Die Einzahlungen würden langfristig durch hohe Rentenzahlungen wieder aufgezehrt – ein Nullsummenspiel mit enormem bürokratischem und finanziellem Aufwand.

Die pauschale Forderung, alle Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen, stellt einen massiven Systembruch dar. Sie wäre auch mit erheblichen Übergangskosten verbunden. Rücklagen müssten gebildet, Übergangssysteme geschaffen und bestehende Ansprüche berücksichtigt werden.

Schon heute ist der Strafvollzug durch massive Personalnot und einen alarmierenden Nachwuchsmangel gekennzeichnet.

Die Aussicht, bei gleichzeitigem Wegfall von Pensionsansprüchen künftig unter denselben gefährlichen Bedingungen zu arbeiten, würde den Beruf noch unattraktiver machen. Wir brauchen Anreize für junge Menschen, diesen wichtigen Dienst am Rechtsstaat zu übernehmen – keine Abschreckungspolitik.

Die Aussagen von Bundesministerin Bärbel Bas zur Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Beamte sind populistisch, kurzsichtig und gefährlich.

Wer den Rechtsstaat stärken will, darf seine tragenden Säulen – wie den Strafvollzugsdienst – nicht schwächen, sondern muss sie stützen, respektieren und angemessen alimentieren.

René Müller, Bundesvorsitzender

• (Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then try again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

Gemeinsam stark für die Tarifverhandlungen 2025

Gemeinsam stark – jetzt ist der Moment!

Die Tarifverhandlungen 2025 stehen unmittelbar bevor, und es geht um mehr als Zahlen auf dem Papier – es geht um unsere Zukunft, unsere Arbeitsbedingungen und unsere Wertschätzung!

Vom 14. bis 16. April 2025 haben sich die Tarifvertreter der Bundesländer im Hotel Park Soltau intensiv vorbereitet. Mit Entschlossenheit und einer klaren Vision haben wir unsere Positionen geschärft, um in den kommenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) entschlossen aufzutreten. Der TVöD-Abschluss gibt uns eine Richtung vor, aber wir wissen: Der TV-L muss noch mehr für uns leisten – ab September 2025 kämpfen wir dafür!

Als eine von 43 Fachgewerkschaften sind wir Teil einer starken Bewegung. Jede Fachgewerkschaft verfolgt das Ziel, das Beste für ihre Mitglieder zu erreichen – und wir tun das mit Nachdruck! Wir kennen den Unterschied zwischen Tarifpflege und Tarifverhandlungen, doch deine Anliegen werden nicht übersehen – sie fließen direkt in unsere Forderungen ein.

Deine Stimme zählt! Rückmeldungen und Kritik aus den Reihen der Tarifvertreter sind für uns wesentlich. Sie zeigen uns, wo wir noch entschlossener auftreten müssen, und helfen uns, unsere Positionen weiter zu stärken. Wir nehmen deine Anliegen ernst – und wir werden sie durchsetzen. Jetzt heißt es: Zusammenstehen, stark bleiben und für unsere Rechte kämpfen!



Die BSBD Tarifvertreterinnen und -vertreter trafen sich im April im Hotel Park Soltau.

Jetzt zählt dein Einsatz – gemeinsam kämpfen wir für echte Verbesserungen

Unsere Spezialisten des BSBD aus den Bundesländern arbeiten bereits mit Hochdruck an den entscheidenden Details unserer Forderungen. Wir geben uns nicht mit halben Lösungen zufrieden – wir fordern klare Verbesserungen.

Unsere Kernforderungen:

- Höhere Eingruppierung im AVD – E8/E9 ist das Ziel.

- Berufsunfähigkeitsversicherung – ein bindender Beschluss des letzten Bundesgewerkschaftstages, der umgesetzt werden muss.
- Einheitliche Eingruppierung im Sozialdienst – Ungerechtigkeiten zwischen den Bundesländern müssen endlich der Vergangenheit angehören.
- Schluss mit dem Boykott der TdL in der Tarifpflege – wir lassen uns nicht ausbremsen.

Jetzt liegt es an uns: Nur wenn wir entschlossen und gemeinsam auftreten, können wir echte Veränderungen bewirken. Die letzten Verhandlungen haben gezeigt, dass unser Engagement und unser Zusammenhalt Wirkung zeigen – die TdL hat unseren Einsatz mit Respekt wahrgenommen. Dieser Erfolg darf kein Einzelfall bleiben, sondern muss unsere gesamte Strategie prägen.

Es reicht nicht, bloß Forderungen zu stellen. Wir müssen aktiv werden, Flagge zeigen, Druck machen – jeder Einzelne zählt. Mach mit – dein Einsatz macht den Unterschied. Unser Erfolg ist deine Zufriedenheit. Deine Zufriedenheit ist unser Ansporn.

BSBD – Gemeinsam
für eine starke Zukunft!



Infos auch im Web.
www.bsbd.de

Hat die Pflege in Deutschland noch eine Zukunft?

Seminar für Senioren mit Jan Oliver Krzywanek

Das Seminar für die Senioren fand zu dem Thema „Pflege“ statt. Ein sehr aktuelles Thema mit politischem Hintergrund. Ein Zitat von Oskar Wilde hatte der Bundesseminarleiter als Überschrift für seine Einladung zum Seminar gewählt. Dieses lautete: „Als ich jung war, habe ich geglaubt, dass Geld das Wichtigste im Leben sei. Jetzt bin ich alt und weiß es.“ Hintergrund dieser Überschriftenwahl war und ist die derzeitige und zukünftige Finanzierung der Pflege.

Als Referenten für diese Problematik konnte der stellvertretende Geschäftsbereichsleiter Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Frauen, Jugend und Senioren, Jan Oliver Krzywanek, hauptamtlicher Mitarbeiter des dbb in Berlin, gewonnen werden. Ein herausragender Fachmann und auch kompetenter Referent, der von Anfang an seine Zuhörer in den Bann zog. Neben den einzelnen Pflegestufen mit ihren finanziellen Ausstattungen und Möglichkeiten wurde auch der Weg dorthin für die Antragsteller vorgestellt. Die Teilnehmer stellten viele Fragen, auf die der Referent ausführlich einging. Insbesondere konnte Kollege Krzywanek auch seine persönlichen Erfahrungen im familiären Bereich mit der Pflege und deren „Fallstrick“ in die Diskussion einbringen.

Weitere Themen waren Demenz und Demenzformen. Auch hier informierte der Kollege vom dbb Berlin umfassend und nachhaltig. Das Symptombild der Demenz umfasst Einbußen an kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Vor allem betroffen sind das Kurzzeitgedächtnis, das Denkvermögen, die Sprache und die Motorik: Bei einigen Formen kommt es auch zu Veränderungen der Persönlichkeit – so Wikipedia. Eine beginnende Demenz zu erkennen – so der Referent – ist schwierig. In kurzen Aufklärungsfilmen wurden die Anwesenden über Anzeichen einer beginnenden Veränderung bei einer Person informiert.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad dankte dem Referenten ausdrücklich für den interessanten und informativen Vortrag. In seinem Vortrag griff Kollege Conrad noch einmal die Thematik des Seminars auf, inwieweit die Pflege noch eine Zukunft hat. Fakt sei – so Conrad –, wenn zeitnah die Politik nicht für finanzielle Sicherheit der Pflegekassen sorgt, haben wir in der Zukunft ein Problem: Bei einer alternden Gesellschaft ein Spiel mit dem Feuer.

Apropos Feuer. Kollege Ambrosius Luzius nutzte die Gelegenheit, auf ein weiteres Problem einer älter werdenden Gesell-



Referent Jan Oliver Krzywanek

schaft einzugehen. Themen seines Vortrages waren:

- Rauchmelder retten Leben!
- Was machst Du, wenn's brennt?

Luzius regte an, auch in den Seniorenvertretungen der Landesverbände die Thematik aufzugreifen.

Winfried Conrad
Bundesseminarleiter



Fotos: (2) Winfried Conrad

Gruppenfoto der Seminarteilnehmer



Öffentlicher Dienst

BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark
seit 120 Jahren.




Von Beamten für Beamte gegründet,
stehen wir seit 1905 für eine Gemein-
schaft, die sich gegenseitig unterstützt.
Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.



Debeka
Versichern und Bausparen

Studie zur Privaten Krankenversicherung: Debeka erneut mit bestmöglicher Bewertung ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die Debeka Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung mmm+ ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die Debeka 29,10 von 30 möglichen Punkten und landet damit auf der Spitzenposition. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

Die Studienautoren schreiben: „Die Debeka als bisheriger Seriensieger wurde ebenfalls mit der höchsten Bewertung mmm+ ausgezeichnet und erzielte insgesamt 85,70 Punkte. Seit 2021 liefern sich die Debeka, Signal Iduna und LVM ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die beste Bewertung, das bis zu dieser Ausgabe ausschließlich zugunsten der Debeka ausging. Insofern dürften auch die kommenden Jahre spannend bleiben.“

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten täglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.

DBV Spezialist für den
Öffentlichen Dienst

Für Beamt:innen

Jeder Cent zählt – vor allem, wenn er geschenkt ist.

Auch kleine Beiträge summieren sich über die Zeit: Nutzen Sie das monatliche Geldgeschenk, dass Ihnen Ihr Dienstherr zur Verfügung stellt. Die **DBV VL-Lebensversicherung** bietet Ihnen die passende Lösung für Ihren vermögenswirksamen Sparplan.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie – persönlich in einer Agentur in Ihrer Nähe oder unter [dbv.de](https://www.dbv.de)



 [dbv.versicherung](https://www.dbv.versicherung)

SONDERKONDITIONEN

für Mitglieder der
dbb Einzelgewerkschaften

Eine Marke der AXA Gruppe



Landesvorsitzender bei ersten Treffen mit neuer Staatsministerin

Zusammen mit Tanja Romstedt, vom Verband sächsischer Rechtspfleger, Frau Katrin Sonntag vom Deutschen Anwaltsverein e.V. Landesgruppe Sachsen und Frau Staatsministerin Professorin Constanze Geiert konnten sich die Interessenvertretungen der Justiz bei der neuen Hausspitze vorstellen und ihre Schwerpunkte anreißern. Landesvorsitzender Thomas Porr sprach die Themen einheitliche Auskunftssperre für Vollzugsbedienstete, Wertschätzung der Beschäftigung außerhalb der materiellen Ebene und die Situation der Einstufung des Wachtmeisterdienstes an. Der direkte Kontakt zu den Entscheidungsträgern der neuen Staatsregierung soll auch künftig Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit sein.

Thomas Porr



v.l.n.r.: Tanja Romstedt, Constanze Geiert, Thomas Porr, Katrin Sonntag

BSBD Sachsen unterstützt auch dieses Jahr Benefizveranstaltung



Ich freue mich von unserer zweiten Teilnahme am „Running for Help“ der Oberschule Waldheim zu berichten. In diesem Jahr haben sich acht motivierte Kollegen zusammengefunden, um an dem einstündigen Lauf teilzunehmen. Gemeinsam haben wir beeindruckende 148 Runden geschafft!

Dank der großzügigen Unterstützung des BSBD Landesverband Sachsen konnten wir in diesem Jahr eine Summe von 740 € für die Kinderkrebsforschung in Leipzig sammeln. Diese Initiative ist nicht nur eine großartige Möglichkeit, um aktiv zu sein, sondern auch, um einen wichtigen

Beitrag zur Unterstützung von Kindern und ihren Familien zu leisten.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die sich die Zeit genommen haben, um an diesem Freitagnachmittag teilzunehmen und sich für dieses tolle Projekt einzusetzen. Euer Engagement und eure Motivation sind inspirierend und zeigen, wie wichtig es ist, gemeinsam für eine gute Sache zu laufen.

Gelaufen sind Thomas, Frank, Patrick, Lars, Kevin, Björn, Sandra und Elisabeth [Kind]. Gelaufen wurden 147 Runden. Sandra mit 25 Runden am meisten mit einer Durchschnittszeit von 2,15 Minuten. Thomas hatte 2,55 Minuten.

Künftig ist vorgesehen, örtliche Unternehmen als Sponsor zu gewinnen.

Kevin Föhre, Ortsverbandsvorsitzender
JVA Waldheim

Frauen der JVA Leipzig mit Krankenhaus feiern ihren Ehrentag

In bewährter Tradition trafen sich am 14. März 26 Frauen aus den Bereichen Verwaltung, allgemeiner Vollzugsdienst und dem Vollzugs Krankenhaus in der Schnittstelle des „ATV Leipzig 1845 e.V.“ um ihren Ehrentag gebührend zu feiern. Dieses Treffen, von mittlerweile berenteten Kolleginnen eingeführt, ist auch heute noch fester Bestandteil der Frauenarbeit unserer Vollzugsanstalt.

Während die einen noch ihren verantwortungsvollen Dienst verrichten, sind andere schon im wohlverdienten Ruhestand. Da gibt es verständlicherweise viel zu berichten.

Die Aufrechterhaltung einer solchen Tradition erfordert erfahrungsgemäß viel persönliches Engagement der Organisatoren. Die Planung erfolgt bis drei Monate vorher zwecks Dienstplangestaltung und Terminabstimmung mit den Pensionärinnen und Rentnerinnen, die „ja niemals Zeit“ haben. An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank

der Kollegin Simone Bothe, die mich bei der Organisation tatkräftig unterstützt hat. Die Kolleginnen hatten alle viel Spaß und es herrschte eine ausgelassene Stimmung.

Die Teilnehmerinnen lobten die gelungene Feier und brachten zum Ausdruck, dass es immer wieder schön sei, gemeinsam Zeit zu verbringen, was in diesen verrückten Zeiten sehr wichtig ist und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt.

Ein besonderer Dank gilt dem Blumenladen in Rötha für die liebevoll dekorierte Rose, die jede Frau als Dankeschön vom Ortsverband des BSBD erhielt und selbstverständlich auch dem Team des Restaurants Schnittstelle für die freundliche Bewirtung.

Manuela Burkert
Frauenbeauftragte beim Landesverband des BSBD Sachsen

Sommerfest der Justizvollzugsanstalt Dresden und 25jähriges Jubiläum

Dieses Jahr soll unser 4. Sommerfest stattfinden und zusammen wollen wir das 25jährige Bestehen der JVA Dresden und gleichzeitig der Gründung des Ortsverbandes Dresden am Hammerweg begehen.

Am 16.09.2000 erfolgte die Belegung, der Einzug und der gesamte Umzug aller Gefangenen aus der alten JVA in die neue Justizvollzugsanstalt Dresden.

Diesen Tag möchten wir am 16.09.2025 mit allen Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalt und weiteren Gästen (wie Polizei, Zoll, ehemaligen Mitarbeitern u.v.a.) gemeinsam feiern!

Nun soll es das 4. Sommerfest werden, was mal aus einer Idee aus unseren BSBD-Ortsvorstand entstand. 2022 kam die Idee auf, nach der fast überstandenen Corona Pandemie, ein Dankeschön an alle Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalt zu entwickeln, indem wir ein Sommerfest ausrichten wollen. Im Vorstand des BSBD-Ortsverbandes und im Vorzimmer der Anstaltsleitung wurde an unzähligen Terminen die Organisation des ersten Festes „geschmiedet“. Wir haben mal mit 40 Mitarbeitern und Gästen angefangen und konnten beim letzten Sommerfest 2024 schon 150 Mitarbeiter und Gäste verzeichnen.

Hiermit sind alle aktiven und ehemaligen Mitarbeitern der JVA Dresden und weiteren Gästen recht herzlich eingeladen.

Wir möchten uns auch ausdrücklich bei Frau Stange bedanken, die den größten Teil der finanziellen Aufwendungen zu den bisherigen Sommerfesten gesponsert hat. Vielen Dank!

BSBD-Ortsvorstand Dresden



Zeigen, dass wir es wert sind, uns zuzuhören!!!!

Das **WIR** steht für die Gerichtsjustizwachtmeister. Das **Wir** steht für die Fachgerichtsbarkeit und für die ordentliche Gerichtsbarkeit. Und genau wir, Yvonne Seidel, 1. Justizhauptwachtmeisterin am Sozialgericht Dresden und Oliver Sweda, 1. Justizhauptwachtmeister am Landgericht Dresden, zusammen haben diesen Artikel verfasst, um zu zeigen, dass wir alle für das gleiche Ziel kämpfen, nämlich nicht nur da zu sein und täglich Sicherheit und Ordnung in den Gerichten zu gewährleisten, sondern auch in ordnungsgemäßer Form entlohnt und gefördert werden.

Gehen wir doch einmal an die Anfänge der Justizwachtmeister zurück. Wir waren zuständig für die Bearbeitung der Postein- und ausgänge, Dienstfahrten und bei Bedarf für die Sicherheit und Ordnung. Wir wurden in Form einer Weiterqualifizierung zum Justizwachtmeister geschult und je nach Bedarf in den Beamtenstatus übernommen. Vergleicht man jedoch eine Zeitspanne von ca. 25 Jahren mit der heutigen Zeit und unseren heutigen Aufgaben als Justizwachtmeister, wirkt es fast schon kurios, wenn man bei der gleicher Weiterqualifizierung und Besoldung, noch mehr Aufgaben übertragen bekommt. Mittlerweile ist die Sicherheit und Ordnung in den Gerichten die oberste Priorität, da in der heutigen Zeit keiner weiß, was wird heute passieren, wenn etwas passiert, wie geht es für alle Beteiligten aus.

Auch in anderen Bereichen sind die Aufgaben gewachsen. So wurde in den letzten zwei Jahren an allen Gerichten die E-Akte eingeführt und natürlich bekamen wir Justizwachtmeister zusätzliche Aufgaben übertragen. Diese erstrecken sich von der Vorbereitung zum Scannen (Stapelbildung), zum Scannen allgemein, aber auch die Nachbereitung wird gern in den Bereich der Justizwachtmeister abgegeben. Sicherlich sind diese Aufgaben kein "Hexenwerk", jedoch wird immer wieder die Frage in den Raum geworfen, ist das tatsächlich dieser Laufbahngruppe der Gerichtsjustizwachtmeister zuzumuten. Zumal der Aufwand von Monat zu Monat größer wird und somit der Bedienstete auch zeitlich extrem eingebunden ist und wird.



Kollegin Yvonne Seidel und Kollege Sven Riemer von der Fachgruppe Justizwachtmeister

Wenn man die Komplexität der gesamten Aufgaben von uns Gerichtswachtmeistern einmal zusammenfasst, ist eine Eingruppierung in die Besoldungsgruppe A5 im einfachen Dienst, wie es früher genannt wurde, in keinsten Weise mehr gerechtfertigt. Es sollte hier auch einmal über den Tellerrand geschaut werden, gerade wenn wir alle wissen, dass Kollegen in den anderen Bundesländern schon seit längerer Zeit in den mittleren Dienst gehoben wurden und somit auch wieder Möglichkeiten bestehen, mit einer Beförderung zu rechnen.

Das alles sollte hier in Sachsen den Anreiz zum Nachdenken geben, ob wir nicht alle gleichwertig behandelt, eingruppiert und besoldet werden sollten, egal ob Ost oder West, ob München oder Sachsen. Wir hören aber immer nur von Einsparungen, Haushaltssperren und das für uns Gerichtswachtmeister ein großer Schritt getan wurde, in dem doch nun ALLE in die Besoldungsstufe A5 gehoben wurden. Sicherlich ist das für den Einen oder Anderen schön, aber gerecht ist es nicht. Beförderungsmöglichkeiten gleich NULL.

Also ist es wichtig, dass wir Gerichtswachtmeister noch präsenter werden und unsere Stimme noch lauter gehört wird, um dass wir irgendwann sagen können, ja es ist geschafft, endlich wurde verstanden und begriffen, dass wir wichtig sind. Wir sind nicht mehr nur Postverantwortliche, nein wir sind die Sicherheit eines Gerichtsgebäudes und werden auch gerecht entlohnt und vor allem wertgeschätzt.

Yvonne Seidel und Oliver Sweda

Landesvorsitzender Thomas Porr nimmt an Pressekonferenz zur Vorstellung eines Rechtsgutachtens zum Generationenfonds teil

Wie sicher ist Sachsens Generationenvorsorge aufgestellt?

Das vorgestellte Gutachten beleuchtet die verfassungsrechtlichen Maßgaben für den Umgang mit dem Generationenfonds nach Artikel 95 Absatz 7 der Sächsische Verfassung und wirft grundlegende Fragen zur künftigen Haushaltspolitik auf.

Vor Beginn der Beratungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 hatten die Auftraggeber sowie der Gutachtenersteller (Univ.-Prof. Dr. Christoph Gröpl) zur Vorstellung und Einordnung der juristischen Analyse ein. am 15. April 2025 zu einer Pressekonferenz im Sächsischer Landtag eingeladen. Teilnehmer waren neben Vertretern der örtlichen Medien auch:

Univ.-Prof. Dr. Christoph Gröpl,
Staats- und Verwaltungsrecht, deutsches
und europäisches Finanz- und Steuerrecht;

Nannette Seidler,
Vorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen e. V.;
Reinhard Schade,
Vorsitzender Sächsischer Richterverein e. V.;

Manja Kropp, stellv.
Landesvorsitzende DSTG Sachsen e. V.;

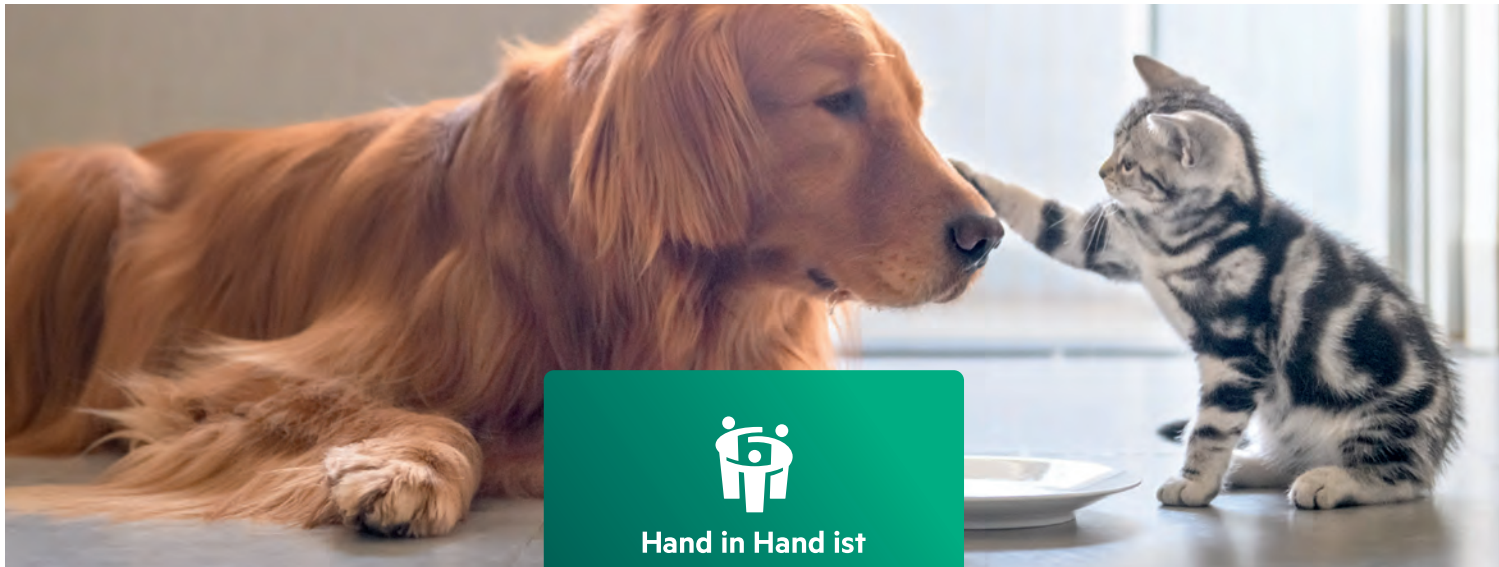
Thomas Porr,
Vorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschland (BSBD), Landesverband Sachsen

Im Gutachten wurde deutlich gemacht, dass Eingriffe in den Generationenfonds verfassungsrechtlich nicht konform sind. Der sächsische Landtag muss nun abwägen, was ihm die sächsische Verfassung wert ist.

Der BSBD hatte sich im Vorfeld an der Finanzierung des Gutachtens beteiligt, da unsere Mitglieder perspektivisch unmittelbar betroffen sein werden.

Redaktion Vollzugsdienst





Hand in Hand ist
HanseMerkur

Sicherheit für alle Felle – die Tierversicherung für Hund und Katze

Unsere Haustiere sind Familienmitglieder – und genau wie wir können sie krank werden oder einen Unfall haben. Während unsere Behandlungskosten meist von der Krankenversicherung übernommen werden, zahlen Tierhalter selbst.

Fast die Hälfte aller Hunde und Katzen benötigt mindestens einmal im Leben eine OP. Neben den Eingriffskosten fallen weitere Ausgaben für den Aufenthalt und die Nachsorge an. Eine OP-Versicherung bietet hier finanzielle Sicherheit. Auch Routinebesuche beim Tierarzt summieren sich: Die häufigste Leistung ist die „Allgemeine Behandlung mit Beratung“. Eine Tierkrankenversicherung deckt neben Operationen auch diese Kosten ab.

Das Beste: Eine gute Versicherung muss nicht teuer sein. Lassen Sie sich unverbindlich beraten und finden Sie die optimale Absicherung für Ihr Haustier.

- ✓ Alle Hunderassen versicherbar
- ✓ Auf Wunsch mit Zahn-Baustein
- ✓ Bis zum 4-fachen GOT-Satz
- ✓ Individuelle Beratung
- ✓ Freie Tierarzt- und Klinikwahl
- ✓ Schnelle, digitale Erstattung



**Ihr Ansprechpartner für den Strafvollzug
Generalvertreter Bastian Wartenberg**

Telefon 0176-66802225
bastian.wartenberg@hansemerkur.de
www.hansemerkur.de/bastian.wartenberg

**Gleich online
abschließen!**

